

REGIERUNGSERKLÄRUNG

Am 05. und 06. Juni 2009 kam es in der Region Bagua, Amazonas, zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und einheimischen Bevölkerungsgruppen. Nach offiziellen Angaben sind dreiunddreißig Tote - 24 Polizisten und 9 Einheimische- zu beklagen. Auch wurden 155 Menschen verletzt, von denen sich 12 noch im Krankenhaus befinden.

Weder eine staatliche Institution, die Nationalpolizei, die Staatsanwaltschaft oder der Ombudsmann noch Einrichtungen wie das Rote Kreuz haben Angaben zu weiteren Opfern in der Zivilbevölkerung. Die peruanische Regierung bedauert die Opfer auf Seiten der Polizei und unter den Zivilisten zutiefst und hofft, dass bald wieder Normalität hergestellt werden kann. Sie ist äußerst bestürzt über die Tatsache, dass einige Polizisten gefoltert und auf brutalste Weise ermordet wurden.

Die verschiedenen Institutionen, deren Aufgabe es ist, Gerechtigkeit walten zu lassen und das Gesetz selbstständig anzuwenden, die Staatsanwaltschaft, die Pflichtverteidiger und Ombudsmänner unternehmen alle notwendigen Anstrengungen, um diese bedauerlichen Vorkommnisse nach den Regeln der Demokratie und des Rechtsstaates aufzuklären. In diesem Sinne hat die Regierung die Befugnisse ausgeübt, die ihr die Verfassung unter Achtung der Grundrechte aller Bürger verleiht, ohne jedwede Unterscheidung und durch Bereitstellung von Rechtshilfe und Kontrolle durch die zuständigen Behörden. Darüber hinaus werden den betroffenen Personen im jeweiligen Rechtsprozess weiterhin entsprechende Garantien gewährt.

Die internationale Gemeinschaft trägt zu diesen Bemühungen bei. Das Komitee des Internationalen Roten Kreuzes (IKRK) zum Beispiel ist vorort vertreten und leistet seine humanitäre Arbeit mit uneingeschränkter Befugnis, deren Fortsetzung die Regierung befürwortet.

Ziel der Regierung ist zu vermeiden, dass rücksichtslose Bergarbeiter durch Einleitung von Quecksilber in Flüsse, illegale Kokabauern und illegale Holzfäller sowie Holzschmuggler den Amazonas zerstören. In den letzten Jahren wurden dadurch über 10 Millionen Hektar Wald abgeholzt und zerstört.

Um dieses ökologische Erbe der Menschheit zu schützen, die abgeholzten Gebiete wieder aufzuforsten und die Ordnung wieder herzustellen, hat die Regierung eine moderne Gesetzgebung im Bezug auf die Unantastbarkeit von

12 Millionen Hektar vorangetrieben, die Eigentum von 320.000 Menschen indigenen Ursprungs des Amazonas sind sowie weitere 15 Millionen Hektar, die als natürliches Schutzgebiet vorgesehen sind. Extremistische politische Bewegungen haben jedoch unter den Einheimischen verbreitet, dass ihnen dieses Land weggenommen würde, was zur Belagerung von Straßen und Industrieeinrichtungen führte. In Erfüllung ihrer gesetzlichen Pflicht hat die Polizei die Zugangsstraßen geräumt; daraufhin wurde auf sie geschossen, was das Leben von 24 Menschen forderte. Die Regierung musste handeln. Es kam nicht zu dem zivilen Massensterben, von dem sensationslustige Medien berichteten. Dies wird aus der Proportion der Anzahl der Opfer deutlich.

Hervorzuheben ist, dass die Polizeikräfte des Landes sich das Ziel gesetzt haben, die Ursachen für diese Situation zu finden und beschlossen haben, die Anwendung der Gesetzesdekrete Nr. 1090 und 1064 auszusetzen und die Nationale Koordinierungsgruppe für die Entwicklung der Amazonasvölker zu schaffen. Diese besteht aus Mitgliedern der Exekutive, der Präsidenten der Regionalregierungen des Amazonas und Vertretern der indigenen Bevölkerung, die damit betraut sind, für diese Bevölkerungsgruppen einen Integralen Plan für nachhaltige Entwicklung in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Landtitel, Formalisierung von Boden und andere notwendigen Maßnahmen auszuarbeiten.

Die peruanische Regierung bekräftigt ihr festes Engagement für Demokratie, Förderung und Schutz der Menschenrechte und Rechtsstaat sowie ihre dauerhafte Dialogbereitschaft mit allen Bevölkerungsschichten, die in dieser schwierigen Problematik eingebunden sind, sowie ihren Willen, die Zerstörung des Amazonas zu verhindern, indem sie ihre Verpflichtung gegenüber den eigenen ethnischen Bevölkerungsgruppen und im Sinne der Zukunft der Menschheit erfüllt.

Lima, 11. Juni 2009.